

TTIP, CETA und TISA: Freiheit für den Handel, Schranken für die Bürger?

Joshua Frey, MdL

**Europapolitischer Sprecher der Fraktion
GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg**

Vize-Präsident des Euro-Instituts, Kehl

Esslingen, 14.10.2015





1. Ausgangslage
2. Chancen global und lokal
3. Risiken global und lokal
4. Rolle des Landes Baden-Württemberg
5. Fazit

CETA, TTIP und TISA: 3 Kürzel und was dahinter steckt



TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership):

Mit der "Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft" soll der Abbau von **tarifären und nichttarifären** Handelshemmnissen zwischen den USA und Europa vorangetrieben werden. Die konkreten Verhandlungen laufen seit 2013.

CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement):

Verfolgt inhaltlich die gleichen Ziele wie TTIP zwischen Kanada und der EU, wobei 99% der Zölle abgebaut werden sollen. Daher gilt CETA als Testlauf für TTIP. Die Verhandlungen liefen seit 2009 und wurden am 1. August 2014 abgeschlossen. Zur Zeit läuft die EU-Rechtsförmlichkeitsprüfung.

TISA (Trade in Services Agreement):

Mit dem Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen sollen weltweit Dienstleistungen liberalisiert werden. Die 50 Staaten, die über TISA verhandeln (inklusive EU und USA), exportieren weltweit zwei Drittel aller Dienstleistungen, wozu Branchen wie Verkehr, Finanzen, Bildung oder Gesundheit zählen. Die Verhandlungen laufen seit 2012 und abseits der üblichen WTO-Einrichtungen.

Wieso der Fokus auf TTIP? Fakten zum geplanten Abkommen



- seit Juni 2013 verhandeln die EU und die USA über Freihandelsabkommen. Die große Mehrheit dieser Treffen fand ausschließlich mit Lobbygruppen statt.
 - 30% aller EU-Exporte in die USA kommen aus Deutschland
 - **45% der globalen Wirtschaft (BIP) und**
 - **11% der Weltbevölkerung** wären davon betroffen (ca.800.000.000 Verbraucher)
 - Nach Abschluss wäre es das größte jemals bestehende Freihandelsabkommen in der Geschichte und es würde der größte Wirtschaftsblock der Welt entstehen
- **Ein Abkommen von globaler Dimension**

Quellen:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/bst/xcms_bst_dms_38052_38053_2.pdf

<http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/hintergrund/faq/>

Chancen -TTIP und der erhoffte Impuls für die Wirtschaft: Was steckt wirklich dahinter?



- Die EU-Kommission sowie der BDI beriefen sich bei den positiven Effekten für die Wirtschaft auf 100 Milliarden oder 0,5 Prozent des BIP pro Jahr.
- Die Studie geht jedoch tatsächlich von 119 Milliarden bis 2027 aus. Mittlerweile mussten BDI und KOM ihre Zahlen um Faktor 10 nach unten korrigieren = 0,05 Prozent pro Jahr.
- Die von den Befürwortern erhofften positiven Effekte für den Arbeitsmarkt sind schwer zu prognostizieren und z.T. uneinheitlich: Nach NAFTA (USA, CAN, MEX) wurden zwar 500.000 neue Stellen geschaffen, zugleich gingen jedoch 1.3 Millionen Stellen in der Landwirtschaft verloren.
- Zudem müssen selbst Positivszenarien auf ihre globalen Auswirkungen untersucht werden

Auswirkungen von TTIP auf den Außenhandel



Tabelle 1: Veränderung des deutschen Außenhandels mit traditionellen Partnerländern

Exporteur	Importeur	Handelsvolumen 2010* (in Mio. USD)	Umfassende Liberalisierung in Prozent	Zollscenario in Prozent
DEU	USA	83.553	93,54	1,13
USA	DEU	51.645	93,56	1,65
DEU	GBR	72.052	-40,91	-0,70
GBR	DEU	43.583	-40,93	-0,57
DEU	FRA	109.223	-23,34	-0,38
FRA	DEU	76.518	-23,34	-0,24
DEU	ITA	74.245	-29,45	-0,37
ITA	DEU	52.687	-29,45	-0,55
DEU	JPN	17.487	4,81	2,40
JPN	DEU	24.891	4,76	-1,68
DEU	CHN	67.728	-12,68	2,19
CHN	DEU	92.536	-12,71	-2,94

DEU = Deutschland, GBR = Großbritannien, FRA = Frankreich, ITA = Italien, JPN = Japan, CHN = China.

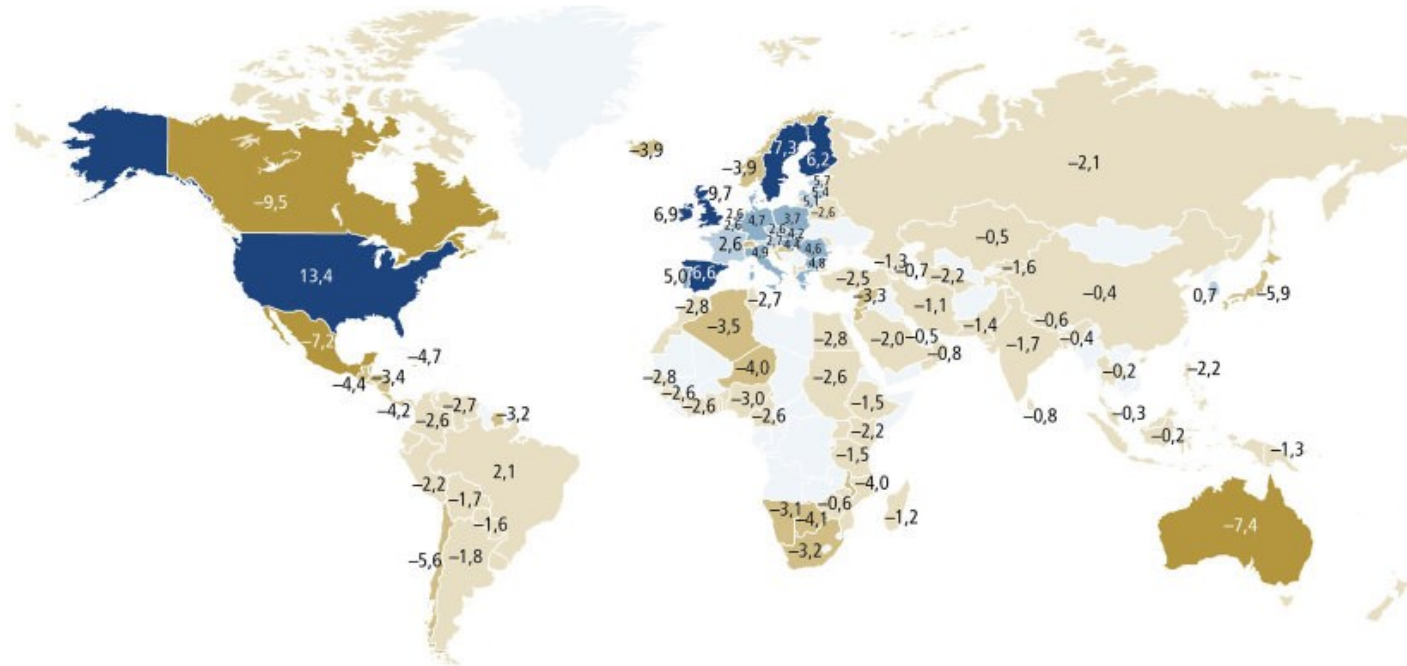
Quelle: ifo Institut

→ Nur der Handel mit den USA würde gemäß Studien verbessert

Quelle:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/bst/xcms_bst_dms_38052_38053_2.

Max. Veränderung des realen Pro-Kopf-Einkommens weltweit (max. Liberalisierung)



USA: +13,4%

EU: +5%

Weltweit: Abnahme

Was steckt dahinter: Wie soll dieser „freier“ Handel erreicht werden?



- **Zollszenario:** Abbau von **tarifären „Handelshemmnissen“** wie Zöllen, Exportsubventionen oder Verbrauchsteuern
- **Vollständige Liberalisierung:** Abbau von **tarifären und nicht-tarifären „Handelshemmnissen“**: Hierzu gehören letzten Endes unterschiedliche Standards bei Industrieprodukten (z.B. unterschiedliche Ladegeräte für Smartphones und Elektroautos) genauso wie in den Bereichen Sicherheit, Gesundheit, Umwelt, Soziales.
- Vollständig liberalisierter Freihandel wie bei TTIP hat konkrete Auswirkungen vor Ort

TTIP vor Ort: Wenn Kommunales ein transatlantisches Interesse wird



- Bei Dienstleistungskonzessionen in der EU konnte auch dank Heide Rühle, MdEP, 2013 erreicht werden, dass Trinkwasser und besondere Sozialdienstleistung in kommunaler Hand bleiben
- Durch TTIP könnte die kommunale Daseinsvorsorge von amerikanischen Investoren eingeschränkt werden
- Bereits jetzt verklagt der Bundesverband Deutscher Privatkliniken den Landkreis Calw auf Ausgleichszahlung, da dieser mit den Kreiskliniken den freien Wettbewerb verzerren würde
- Bisher sind solche innerdeutschen Klagen erfolglos. Mit TTIP könnten amerikanische Anteilseigner Erfolg mit ihren Forderungen haben
- Dies könnte die kommunale Daseinsvorsorge einschränken und Privatisierungen zur Einbahnstraße machen: Wenn ein Regulationsrat die Standards setzt, könnte der Einfluss der Räte und Verwaltungen vor Ort schwinden

Wenn Mensch und Umwelt zu „Handelshemmnissen“ werden



Bei gegenseitiger Anerkennung von Standards besteht die Gefahr, dass sich die jeweils schwächste Regelung durchsetzt. Konkret steht dabei auf den Wunschzetteln der teilnehmenden Konzernlobbyisten:

- Versicherungs- statt Vorsorgeprinzip könnte zur Aufweichung beim Gesundheitsschutz von Chemikalien führen. Konkret heißt dies: In den USA muss sich die Gesundheitsgefährdung erst zeigen. Allein im Kosmetikbereich würden die verbotenen Chemikalien von 1.300 (EU) auf 11 Stoffe (USA) sinken. Entsprechend nimmt der Schutz von hormonell wirksamen Substanzen ab, die mit Brust- und Hodenkrebs in Verbindung gebracht werden
- Mehr Gentechnik in der EU und ohne Kennzeichnungspflicht
- Wie in den USA sollen Wachstumshormone, Antibiotika und Futtermittelzusätze wie in der stark industrialisierten Tierhaltung in den USA fast ungehemmt eingesetzt werden

Justiz: Investoren- statt Bürgerschutz: Was steht hinter ISDS?



Was heißt Investorenschutz?

- Beim geplanten **Investor-Staat-Schiedsverfahren** können Unternehmen den Staat bei jeder Gesetzesänderung auf Entschädigung verklagen, wenn sie ihre erwarteten Gewinne bedroht sehen
- Die geschieht nicht vor öffentlichen Tribunalen, sondern vor geheimen tagendenden Schiedsgerichten. Trotzdem binden die Entscheidung –vorbei an der nationalen Gerichtsbarkeit

Internationaler Handelsgerichtshof: Was steckt hinter dem neuen Vorschlag der EU-KOM?



Statt ISDS hat Handelskommissarin Malmström ein Investment- Court-System (ICS) vorgeschlagen

- Es soll eine öffentliche Investitionsgerichtsbarkeit geschaffen werden, die aus einem **Gericht erster Instanz** und einem **Berufungsgericht** besteht.
- Urteile werden von öffentlich bestellten, **hochqualifizierten Richterinnen und Richtern** gefällt. Ihr Profil ist vergleichbar mit dem der Mitglieder ständiger internationaler Gerichte wie dem Internationalen Gerichtshof und dem WTO-Berufungsgremium.
- Trotz dieser Verbesserungen bei der Transparenz ändert sich nichts an dem Konstruktionsfehler, dass ausländische Investoren Zugang zu einer Justiz erhalten, der beispielsweise lokalen Betrieben nicht möglich ist
- Zudem könnte ISDS durch CETA ein Schlupfloch für int. Investoren bieten

Mehr Transparenz? Wer sitzt nun am Verhandlungstisch?



Auch bei der versprochenen Transparenz hat sich nicht viel getan:

- Bei den Verhandlungen sitzen weiterhin nur die KOM und die von ihr eingeladenen Verhandlungspartner am Tisch
- ca. 93% der Verhandlungspartner sind nach wie vor Industrievertreter
- Verhandlungsrelevante Dokumente sind auch MEP nur in geheimen Leseräumen zugänglich, im BT hat gar nur 1 CDU Abgeordneter Einblick
- Selbst das EU-Parlament, wie die nationalen Parlamente, hat keinen Einfluss auf die Verhandlungen und stimmt am Ende nur über den fertigen Vertragstext ab
- Investitionsschutzverträge gelten dabei 20 Jahre und länger, in dieser Zeit haben Bürger und Parlamente keine Veränderungsmöglichkeit der Verträge

Transatlantischer Handel? Ja, aber nicht zu diesen Bedingungen. Ein klares Nein zu:



- intransparentem Prozess
- Gefährdung bestehender Tier- und Verbraucherschutzstandards
- Investoren-Staat-Schiedsverfahren, die Konzernwohl über Menschenrechte, Umwelt, Verbraucher und demokratischen Einfluss stellen
- Einschränkung des Vorsorgeprinzips durch regulatorische Kooperation
- Absenkung von Standards bei Gentechnik, Lebensmittelsicherheit und Chemikalienrecht



3 Kernforderungen, die eine transatlantische Handelspartnerschaft erfüllen muss:

1. Mit TTIP *Fairhandeln*: Wer fair handel will, muss auch verhandeln. Daher lehnen wir TTIP nicht grundsätzlich ab, setzen jedoch einen klaren grünen Schwerpunkt: Wir wollen ein **Fairhandelsabkommen**, um globale Maßstäbe für Schutzvorschriften sowie faire und nachhaltige Regeln für den Handel zu setzen.
2. Öffentliche Belange müssen in **öffentlicher Gestaltungshoheit** bleiben: Das gilt für Umwelt-und Verbraucherschutz genauso wie Arbeitnehmerrechte, Daseinsvorsorge und Gerichtsbarkeit.
3. Für uns ist eine **transparente Verhandlung** und die öffentliche Diskussion nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung.

Zeitplan und Kulturunterschiede USA-EU



- Ursprünglich wollte die EU TTIP 2015 zu Ende verhandeln und ratifizieren. Der Zeitplan ist auch aufgrund der vielen Forderungen aus Bürgerschaft und Politik nicht zu halten.
- IM Juli lief die 10. Verhandlungsrunde in Brüssel. Das 11. Treffen wird im 3. Quartal 2015 in den USA stattfinden.
- Bedeutend ist auch, dass der ursprüngliche Zeitplan aufgrund vieler grundsätzlicher politischer Kulturunterschiede kaum eingehalten werden kann.

Was macht die Landesregierung?



Die Landesregierung hat keine direkte Einflussmöglichkeit. Nur wenn die Rechtsförmlichkeitsprüfung ein gemischtes Abkommen feststellt, kann sie im Bundesrat über den fertigen Verhandlungstext abstimmen.

Gleichwohl beteiligt sie sich aktiv an der öffentlichen Diskussion:

- Die Landesregierung informiert über www.stm.baden-wuerttemberg.de/ttip ihre Position und den aktuellen Stand
- Sie hat in ihrem Eckpunktepapier eine rote Linie für wichtige Schutzbereiche gegenüber der vollständigen Liberalisierung gezogen
- Mit dem ersten TTIP-Beirat auf Länderebene, der am 30.09.2015 erstmals tagte, hat sie ein öffentliches Konsultationsgremium mit Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz, Kultur und Medien, Justiz und des Landtags geschaffen

Neue Chancen durch die Position der Landesregierung?



- Die Landesregierung hat mit ihrem Kurs des Dialoges und der Bedeutung Baden-Württembergs als europäische Wirtschaftsregion dazu beigetragen, dass die Kritik an TTIP und Freihandel aus Bürgerschaft und Politik auch in Brüssel vernommen wurde
- Sie hat erstmals klar dafür plädiert, dass die globale Dimension der Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU dazu genutzt werden soll, weltweite Standards für FairHandel zu etablieren und ein „race to the bottom“ zu verhindern.
- TTIP birgt potenziell Chancen für den transatlantischen Verbraucherschutz, wenn sich die jeweils besseren Standards durchsetzen



- Der Weg des kritischen Dialogs hat das Potenzial die Risiken von TTIP zu entschärfen.
- Trotz der ersten Öffnungen bei der KOM bedarf es weiteren bürgerschaftlichen Engagements und politischen Druck. Daher unterstützen wir auch die neue Europäische Bürgerinitiative zu TTIP und CETA.
- Ein „Ja“ von uns gibt es nur, wenn der Freihandel auch ein FairHandel ist, der unsere o.g. Kernforderungen erfüllt!